

BEGLEITTEXT
AUS DER PERSPEKTIVE VON
IRIS MARION YOUNG
VERFASST VON MICHAEL ROSENECK

INHALTSVERZEICHNIS

1. WAS SIND ZENTRALE KENNZEICHEN EINER GUTEN DEMOKRATIE/GESELLSCHAFT?	1
2. Ist Ungleichheit als ein gewichtiges Problem und Defizit der Demokratie zu werten?	3
3. Sind Quotierungen sinnvoll um Gleichheitsdefizite auszugleichen?	4
4. Was sind zentrale Gründe für Ungleichheit in (westlichen) Demokratien?	5
5. Wie sollten wir mit Ambiguität (Mehrdeutigkeit, Widersprüchlichkeit) und Ambivalenzen im Bereich des Politischen bzw. der Gesellschaft umgehen?	7
6. Gibt es Wahrheit? Wie und auf welcher Grundlage kann ich zwischen richtig und falsch unterscheiden?	8
7. Was prägt unsere Sicht auf die Welt bzw. was prägt unseren Urteilsstandort vor allem? Und was gilt es daher im Sinne eines möglichst freien Denkens und Urteilens kritisch in den Blick zu nehmen?	8
8. Welche Impulse/Ratschläge lassen sich in Bezug auf politische Urteilsbildung oder ein „gutes politisches Urteil“ nennen/ableiten? (Was sollte im politischen Urteilen berücksichtigt werden? Was wäre nicht gut? Was macht ein gutes politisches Urteil aus?...)	10
Literatur	12

1. WAS SIND ZENTRALE KENNZEICHEN EINER GUTEN DEMOKRATIE/GESELLSCHAFT?

Die Ausgangslage ist nach Iris Marion Young nun wie folgt: Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft mit Menschen zusammen, die unterschiedliche Religionen, Weltanschauungen und Lebensweisen haben. Deswegen können wir uns eine gute Gesellschaft und eine gute Demokratie *analog* zum gelungenen Miteinander in einer *Großstadt* vorstellen, in der verschiedene Menschen sich zum einen frei entfalten können und zum anderen friedlich miteinander leben und in gegenseitiger Toleranz interagieren.

Das Ideal eines friedlichen Miteinanders in einer Großstadt eröffnet Young zu folge auch Perspektiven auf eine gute demokratische Praxis: So wie in der Stadt unterschiedliche Gruppen von Menschen auf Augenhöhe miteinander interagieren, muss auch im demokratischen System jede oder jeder die tatsächliche Möglichkeit haben *auf Augenhöhe* mit allen anderen am Willensbildungsprozess teilzunehmen. Gute Demokratien zeichnen sich dabei nicht dadurch, dass jede Bürgerin und jeder Bürger einfach seine privaten Interessen durchsetzt, etwa indem sie oder er sich überlegt, welche Partei ihr oder ihm den größten persönlichen Nutzen bringt. Indem politische Entscheidungen uns alle angehen, müssen sie auch die Akzeptanz aller Betroffenen erlangen könnte.

Young geht es in ihren Werken oft um die tatsächliche Möglichkeit, am politischen Prozess teilzuhaben: Viele liberale Philosophinnen und Philosophen denken, dass es mit der rechtlichen Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger getan sei. Aber dem könne nicht so sein, da wir in unseren Gesellschaften bestimmte Gruppen haben, zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund oder Obdachlose, die nicht die gleichen Chancen haben am politischen Prozess teilzunehmen. Hierfür könne es durchaus Sinn ergeben, spezifische Gruppenrechte zu etablieren, zum Beispiel, dass man in Gremien, Parteien und so weiter für Menschen benachteiligter Gruppen, etwa solcher mit Migrationshintergrund, Quoten schafft. Demokratische Gleichheit könne also auch teilweise Privilegierung benachteiligter Gruppen und damit rechtliche Ungleichbehandlung rechtfertigen.

Und man muss des Weiteren, wenn es einem um demokratische Gleichheit geht, Young zufolge auch nicht-institutionelle Ungleichheiten bedenken. Beispielsweise kann es sein, dass Menschen benachteiligter Gruppen nicht effektiv ihre Anliegen darlegen können, weil sie einfach nicht so gut argumentieren können wie jemand, der eine bestimmte Bildung genossen hat. Hier müsse sich das öffentliche Bewusstsein auch für neue Formen des Gebens

und Nehmens von Gründen im Willensbildungsprozess öffnen, zum Beispiel für das Erzählen und Nachvollziehen von Lebensgeschichten oder aktivistischer Formen des Erhebens von Ansprüchen wie Demonstrationen.

2. IST UNGLEICHHEIT ALS EIN GEWICHTIGES PROBLEM UND DEFIZIT DER DEMOKRATIE ZU WERTEN?

Der normative Kern von Demokratie ist für Young wie auch für viele andere Autorinnen und Autoren, dass sie von der Gleichheit aller Menschen ausgeht und sie achten sowie fördern will. Demokratie solle ein gerechtes System sein und dabei helfen uns dabei gerechte Zustände zu verwirklichen. Auf rein rechtlicher Ebene entsprechen Demokratien ihrem normative Kern dadurch, gleiche Rechte, insbesondere gleiche Teilhaberechte, zu garantieren. So hat in einer Demokratie jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht auf eine gleich gewichtete Wählerstimme.

Aber Young gibt zu bedenken, dass es nicht selten der Fall ist, dass *tatsächlich* bestimmte benachteiligte Gruppen viel weniger Chancen haben, effektiv ihre Rechte wahrzunehmen. Man kann zum Beispiel an Gesellschaftsstatistiken sehen, dass Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund von gesellschaftlichen Vorurteilen viel schwerer in manche hohe Position kommen. Insofern ist Ungleichheit ein enormes Problem für Demokratien, als sie das Versprechen gleicher Teilhabe konterkariert.

Ungleichheit ist dabei nicht zuletzt auch in der Hinsicht ein enormes Problem für Demokratien, weil sie sich zementieren kann. Wenn zum Beispiel bestimmte Perspektiven aus der Willensbildung ausgeschlossen werden, weil einfach die Stimme benachteiligter Gruppen nicht gehört wird, so könne es sein, dass Entscheidungen getroffen werden, welche die Bedürfnisse der Ausgeschlossenen nicht genügend berücksichtigen und ihre Lage zementieren, wenn nicht gar noch mehr verschlechtern. Hier lege dann also einen Teufelskreis vor.

Young unterstreicht ferner, dass wir übrigens Ungleichheit nicht nur als ein ökonomisches Problem von Arm und Reich identifizieren dürfen. Soziale Ungleichheit betreffe zum Beispiel auch kulturelle und geschlechterspezifische Ungleichheiten. So könne es beispielsweise sein, dass bestimmte Ansprüche von vornherein gar nicht Beachtung finden, weil diejenigen, die sie erheben, bestimmte Konventionen des Argumentierens nicht erfüllen können. Hier würden also sprachliche Barrieren existieren, die vielleicht erst in späteren Generationen abgebaut werden. Aber auch so etwas sei für demokratische Gleichheit ein Problem.

Übrigens, wenn wir davon sprechen, dass die Anerkennung des Gegenübers als gleich der normative Kern von Demokratie sei, dann müssen wir, so Young, uns auch überlegen, wie wir bei Themen, die über nationalstaatliche Grenzen hinausgehen, auch die von unseren Entscheidungen dort Betroffenen inkludieren können. Demokratie rechtfertigt also keine nationalen Egoismen.

3. SIND QUOTIERUNGEN SINNVOLL UM GLEICHHEITSDEFIZITE AUSZUGLEICHEN?

Quotierungen können nach Young eine mögliche Form sein, Ungleichheit zu beseitigen – dies aus verschiedenen Gründen: Natürlich, das liegt auf der Hand, inkludieren Quotierungen benachteiligte Gruppen zahlenmäßig. Wenn zum Beispiel für die Besetzung einer Parlamentsfraktion eine feststehende Quote existiert, dann muss diese einfach beachtet werden. Aber es gebe noch andere Effekte, wodurch Quotierungen Ungleichheit aufheben können.

So werde durch die Etablierung von Quoten für benachteiligte Gruppen insofern ein positives Signal ausgesendet, als sie als Gruppe und ihre Anliegen ernst genommen werden. Das klingt vielleicht zunächst nach einem relativ schwachen Faktor, aber er sollte nicht unterschätzt werden. Man weiß nämlich, dass gerade Selbstwirksamkeit – die Bewertung von sich selbst, man sei kompetent und könne

auch tatsächlich etwas erreichen – höchst sozial ungleich verteilt ist. Ein durch Quotierungen ausgesendetes positives Signal könnte hier Abhilfe schaffen.

Dann sei es gerade in komplexen Gesellschaften ja oft so, dass die Betroffenen selbst am besten wissen, wie ihre soziale Lage ist und was an ihr verbessert werden muss. Hier können Quoten in der Hinsicht hilfreich sein, dass sie bei der Beratung von politischen Entscheidungen dieses Wissen der Betroffenen integrieren, so Young.

Quoten sind allerdings kein Allheilmittel. Wenn beispielsweise bestimmte Gruppen durch Quoten inkludiert werden, aber dann in den Beratungen ihre Stimme aufgrund von kulturellen Vorurteilen dennoch nicht gehört wird, dann müssen wir hier eben an diesen kulturellen Problemen ansetzen, um Ungleichheit zu beseitigen.

Und Quotierungen sind auch in der Hinsicht nicht als Allheilmittel zu sehen, als sich oftmals gruppenspezifische Benachteiligung überschneidet. So kann es zum Beispiel sein, dass ich mit einer Quote vielleicht Personen mit einem spezifischen Migrationshintergrund inkludiere, aber es kann wiederum sein, dass in dieser Gruppe geschlechterspezifische Ungleichheit vorherrscht, die ich mit meiner Quotenregelung nicht berücksichtige.

4. WAS SIND ZENTRALE GRÜNDE FÜR UNGLEICHHEIT IN (WESTLICHEN) DEMOKRATIEN?

Die wissenschaftsgeschichtlich vielleicht dominante Erklärung für Ungleichheit in (westlichen) Demokratien, die sich beispielsweise bei Rousseau oder Marx vorfindet, ist die, dass es Gruppen von Menschen gibt, die Kapital besitzen, und damit jene, die keins besitzen, ausbeuten können. Diejenigen, die Kapital haben, können dann beispielsweise ihre Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem Hungerlohn entlohnen und zugleich mit Entlassung drohen, das Produkt aber teuer verkaufen und sich den Mehrwert aneignen. Dadurch entsteht

Ungleichheit, nicht nur im ökonomischen Sinne, sondern dann durchaus auch im politischen, wenn zum Beispiel das Mehr an Kapital, das die eine Gruppe besitzt, ihnen auch besseren Zugang zu Amtsträgerinnen und Amtsträgern ermöglicht, die dann wiederum in ihrem Sinne entscheiden.

Aber es wäre Young zufolge zu kurz gegriffen, dies als die einzige Ursache für Ungleichheit anzusehen. Vier weitere wären zu nennen: (1) So sei daneben auch Machtlosigkeit eine wichtige Ursache für Ungleichheit. Machtlosigkeit bezeichnet das Unvermögen, etwas an den eigenen sozialen Lebensumständen zu verändern. (2) Ungleichheit könne aber auch durch schiere Gewalt entstehen. Sklaverei oder heutzutage vielleicht so etwas wie Polizeigewalt wären da zu nennen. (3) Ferner existiere kulturelle respektive subkulturelle Hegemonie, die zu Ungleichheit führe oder zumindest diese bedinge. Damit sind zum Beispiel Fälle gemeint wie, dass eine Gruppe vielleicht die Möglichkeit hat, am politischen Prozess teilzunehmen, ihnen aber nicht zugehört wird, da sie nicht zum kulturell beherrschenden Kreis an Personen zählen. Ihnen fehlt vielleicht das nötige Prestige, damit die Öffentlichkeit ihren Ansprüchen Gehör schenkt. (4) Die Kehrseite dessen wäre dann Marginalisierung, die zur Ungleichheit führen könne. Marginalisierung bedeutet, dass die Ansprüche von bestimmten Gruppen einfach als unwichtig bewertet werden. Beispielsweise existiert im gegenwärtigen nationalistischen Diskurs die Trennung zwischen denen, die nur auf dem Pass deutsche sind, und denen, die wie auch immer definiert vermeintlich wirkliche Deutsche sind. Mit dieser Trennung kann man dann sehr einfach die berechtigten Ansprüche derer, die zu den angeblich nicht wirklichen Deutschen gezählt werden, sozusagen verstummen lassen.

Ausbeutung, Machtlosigkeit, Gewalt, kulturelle Hegemonie und Marginalisierung sind also nach Young verschiedene, in realen Fällen durchaus verbundene Ursachen für Ungleichheit.

5. WIE SOLLTEN WIR MIT AMBIGUITÄT (MEHRDEUTIGKEIT, WIDERSPRÜCHLICHKEIT) UND AMBIVALENZEN IM BEREICH DES POLITISCHEN BZW. DER GESELLSCHAFT UMGEHEN?

Wir leben in pluralistischen Gesellschaften mit Menschen anderer religiöser oder weltanschaulicher Überzeugung, Herkunft et cetera zusammen. Diese Verschiedenheit könne nach Young nicht aufgehoben werden und sie könne auch etwas Ansprechendes und Wertvolles sein, zum Beispiel wenn man neue, ungewohnte Perspektiven kennenlernen darf.

Was heißt das für unser Zusammenleben im Anschluss an Young? Zum einen müssten wir, auch wenn es uns schwerfallen mag, Toleranz üben. Deswegen sei es ja auch so wichtig, benachteiligte Gruppen zum Beispiel durch Abbau von kultureller Hegemonie in die soziale Welt und den politischen Prozess zu inkludieren, auch wenn das natürlich Widersprüchlichkeit befördern kann. Dies, so betont Young, ist ein Anspruch der Gerechtigkeit. Zum anderen aber existieren Weltanschauungen, die mit diversen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und dergleichen mehr einhergehen. Hier wird eine andere Gruppe von Menschen nicht bloß als irgendwie anders, aber zu tolerieren bewertet, sondern sie wird *abgewertet*. Wenn also Differenz zwischen Menschen durch Abwertung charakterisiert ist, ist sie abzulehnen, beispielsweise indem man den Ansprüchen von Rassisten kein Gehör schenkt. Wenn die Differenz zwischen Menschen vor dem Hintergrund der Anerkennung der moralischen Gleichheit besteht, ist sie zu tolerieren, wenn nicht gar wertzuschätzen.

6. GIBT ES WAHRHEIT? WIE UND AUF WELCHER GRUNDLAGE KANN ICH ZWISCHEN RICHTIG UND FALSCH UNTERSCHIEDEN?

Nun, es gibt für Young schon so etwas wie richtig oder falsch im Politischen oder besser gesagt, so etwas wie gerecht oder ungerecht, denn sonst würde es keinen Sinn ergeben, dass wir uns mit anderen über gute politische Maßnahmen austauschen respektive bestimmte Zustände als gerecht oder ungerecht kritisieren. Wenn wir das tun, dann müssen wir annehmen, dass es etwas gibt, worauf wir uns einigen können.

Wir sind als konkrete Menschen allerdings immer auch in konkrete soziale Umstände hineingeboren. Deswegen haben wir immer eine etwas einseitige soziale Perspektive auf die Welt. Für die Frage, auf welcher Grundlage ich zwischen richtig und falsch unterscheiden kann, bedeutet dies für Young, dass ich allein das gar nicht tun kann. Man stelle sich nach Young vor: Wenn ich sozusagen rückgezogen und für mich allein darüber nachdenken würde, was richtig oder falsch ist, werde ich bedingt durch meine besondere soziale Perspektive immer nur zu einem einseitigen Ergebnis kommen. Deswegen kann ich nur in inklusiven kommunikativen Prozessen mit Anderen ein Wissen darüber erlangen, was richtig oder falsch ist.

7. WAS PRÄGT UNSERE SICHT AUF DIE WELT BZW. WAS PRÄGT UNSEREN URTEILSSTANDORT VOR ALLEM? UND WAS GILT ES DAHER IM SINNE EINES MÖGLICHST FREIEN DENKENS UND URTEILENS KRITISCH IN DEN BLICK ZU NEHMEN?

Young sagt, dass unsere Sicht auf die Welt durch unsere *soziale Perspektive* geprägt sei. Das bedeutet: Je nachdem, ob wir uns als Frau oder Mann oder weder das eine noch das andere identifizieren, ob wir einen Migrationshintergrund

haben oder nicht, welche Bildung wir genossen haben, entwickeln wir einen spezifischen Blick auf die Welt. Dieser Blick auf die Welt sei allerdings nichts Natürliches oder Unveränderliches, sondern ein in Diskursen entstehendes Produkt. In Diskursen werden zum Beispiel bestimmte Stereotype, sagen wir, über Menschen mit einem bestimmten Migrationshintergrund entwickelt und weitergegeben – die Menschen, die aus Land x kommen zum Beispiel, seien besonders fleißig, und die, die aus Land y kommen, dagegen seien doch eigentlich nur „Wirtschaftsflüchtlinge“, die unser Sozialsystem ausnutzen wollen. Aber die diskursive Zuschreibung von Attributen zu einer sozialen Perspektive muss nicht immer derart negativ ausfallen. Wir könnten uns auch selbst in Diskursen Eigenschaften zuschreiben, die wir als Teil unserer Subkultur oder unserer Weltanschauung für wichtig erachten, ohne dass damit gleich etwas Positives oder Negatives verbunden sein muss.

Soziale Perspektiven prägen unsere Sicht auf die Welt, so Young, sie determinieren sie allerdings nicht und sie determinieren erst recht nicht unsere politischen Urteile: Man kann zum Beispiel nicht sagen, dass jemand, der dieses oder jenes Geschlecht hat oder dieser oder jenen religiösen Gemeinschaft angehört, deswegen zwangsläufig auch eine spezifische politische Meinung haben und ein bestimmte politische Partei wählen wird. Soziale Perspektiven prägen nur unsere Erfahrung und damit auch Urteile.

Soziale Perspektiven seien auch nichts Schlechtes, das es für ein freies und kritischen Denken abzulegen gilt. Das wäre auch gar nicht möglich. Als soziale Wesen werden konkrete Menschen immer über gewisse soziale Perspektiven verfügen. Ein kritisches, freies Denken kennzeichne sich deswegen nicht durch den Versuch die eigenen sozialen Perspektiven hinter sich zu lassen, sondern offen für andere Perspektiven zu sein und sie nicht abzuwerten.

8. WELCHE IMPULSE/RATSCHLÄGE LASSEN SICH IN BEZUG AUF POLITISCHE URTEILSBILDUNG ODER EIN „GUTES POLITISCHES URTEIL“ NENNEN/ABLEITEN? (WAS SOLLTE IM POLITISCHEN URTEILEN BERÜCKSICHTIGT WERDEN? WAS WÄRE NICHT GUT? WAS MACHT EIN GUTES POLITISCHES URTEIL AUS?...)

Demokratien rechtfertigen sich nicht dadurch, dass einfach jede Bürgerin und jeder Bürger seine privaten Interessen durchsetzen kann, etwa indem sie oder er sich überlegt, welche Partei ihr oder ihm den größten persönlichen Nutzen bringt und sie oder er diese dann wählt. Indem politische Entscheidungen sozusagen uns alle angehen, muss ein gutes politisches Urteil auch so sein, dass es die Akzeptanz aller Betroffenen erlangen könnte.

Es reicht dabei aber nicht aus, wenn man sich nun für sich selbst überlegt, was ein allgemein akzeptierter Standpunkt ist. Das Problem ist nämlich Folgendes: Indem wir abhängig von unserem Geschlecht, unserer Herkunft, unserer Sozialisation und so weiter unterschiedliche soziale Standpunkte einnehmen, können wir gar nicht wissen, was für andere akzeptabel ist – was etwa ihre Probleme sind, die eine gute politische Entscheidung lösen muss. Wir können also nicht einfach über bloßes Nachdenken ein gutes politisches Urteil fällen, weil uns dafür das notwendige Wissen fehlt.

Gute politische Urteile können wir nur im öffentlichen Austausch mit anderen Bürgerinnen und Bürgern fällen, in denen Gründe für politische Maßnahmen vorgebracht und kritisch geprüft werden können. Dies verlangt von Bürgerinnen und Bürgern also die Bereitschaft offen für die Sichtweise und die Ansprüche anderer Personen zu sein. Gute politische Urteilsbildung ist also kein monologischer, sondern dialogischer Prozess.

Das ist etwas, was viele Demokratietheoretikerinnen und Demokratietheoretiker unterstreichen. Was man aber ferner bedenken muss ist, dass mit unseren

verschiedenen sozialen Rollen auch unterschiedliche Arten und Weisen verbunden sein werden, wie wir im öffentlichen Raum Gründe für politische Maßnahmen vorbringen. Wir dürfen uns dieses Vorgehen nicht als eine Art nüchterne Diskussion vorstellen. Vielmehr werden unterschiede Personen auch etwa durch Geschichten oder Aktionen wie zivilen Ungehorsam versuchen, politische Gründe vorzubringen. Daraus folgt für eine gelungene politische Urteilsbildung, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur respektvoll und offen für den Inhalt sein müssen, den andere vorbringen, sondern auch offen für vielfältige Formen, wie politische Ansprüche in der Öffentlichkeit dargebracht werden.

Darüber hinaus kann man sich auch Gedanken darüber machen, ob man nicht unterrepräsentierte Gruppen dadurch besser in den gemeinsamen Prozess der politischen Urteilsbildung inkludiert, dass man ihnen etwa bestimmte Gruppenrechte gibt.

LITERATUR

- Landwehr, Claudia / Tüscher, Oliver. 2018. „Ursachen ungleicher politischer Beteiligung.“ In *Ungleichheit: Interdisziplinäre Perspektiven auf Ursachen und Implikation. Science Policy Paper 2*, herausgegeben von Philipp Harms, Claudia Landwehr, Mario Scharfbillig, Daniel Schunk, 33-38. Frankfurt am Main: Mercator Science-Policy Fellowship-Programm.
- Young, Iris Marion. 1990. *Justice and the politics of difference*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Young, Iris Marion. 1998. „Harvey's complaint with race and gender struggles. A critical comment.“ *Antipode* 30(1): 36-42.
- Young, Iris Marion. 2000. *Inclusion and democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Young, Iris Marion. 2001. „Activist challenges to deliberative democracy.“ *Political Theory* 29(5): 670-690.
- Young, Iris Marion. 2002. *Inclusion and democracy*. Oxford: Oxford University Press, 16-56, 57-64, 81-120, 121-153, 236-275.
- Young, Iris Marion. 2011. *Responsibility for justice*. Oxford: Oxford University Press, 123-152.